

# Querbeet durch den Amtsbericht

**Der St. Galler Kantonsrat diskutierte am Dienstag den Amtsbericht der Regierung und den dazugehörigen Bericht der Staatswirtschaftlichen Kommission. Im Rat kamen – wie üblich – die unterschiedlichsten Detailthemen zur Sprache.**

*St. Gallen.* – Im grossen Strauss der Fragen von Kantonsrätinnen und Kantonsräten, die jeweils im Rahmen der Amtsberichts-Debatte gestellt werden, ging es unter anderem um die Jugendpolizisten. Diese bewährten sich, stellte Regierungsrätin Karin Keller-Sutter auf eine Frage von Helga Klee (FDP, Berneck) fest. Man bilde in allen Regionen laufend Leute aus, die sich dafür eignen.

Bruno Stump (SVP, Engelburg) stellte fest, dass im Kanton inzwischen 860 Methadon-Patienten registriert sind, das seien 18 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Anstieg sei nur eine Folge neuer statistischer Erfassungen, stellte Gesundheitschefin Heidi Hanselmann

klar. Man halte sich bei der Abgabe der Ersatzdroge an die Bundesrichtlinien und kläre jeden Fall genau ab. In jedem Fall erspare die Methadonabgabe erheblich andere Sozialkosten.

## **Kritik aus der Nachbarschaft**

Es gibt heftige Kritik am Entsendegesetz aus Baden-Württemberg, Bayern und Vorarlberg. Darauf verwies **Lukas Reimann (SVP, Wil)**. Kritisiert werden Schikanen, darunter die acht-tägige Meldepflicht. Volkswirtschafts-chef Josef Keller kannte die Einwände der Nachbarn, verwies aber auf das Bundesrecht. Ausserdem kenne die EU in ihren Entsendegesetzen die gleiche Meldepflicht. Die Regierung wisse, dass es bei der Information für ausländische Unternehmer noch hapere. Für diese sei es schwierig, herauszufinden, welche Standards gelten, um nicht in den Verdacht des Lohndumpings zu kommen. Die Situation sei wegen der vielen GAVs auch etwas unübersichtlich. Eine Arbeitsgruppe sei allerdings daran, die Informationen zu verbessern. Man stehe mit den ausländi-

schen Nachbarn in Kontakt. Man wolle nämlich die Beziehungen über die Grenze nicht behindern und suche deshalb nach Lösungen. Die Regierung setzte alles daran, dass hier kein Scherbenhaufen zurückbleibe.

## **Schlamperei**

Bis zu 200 Tage lang habe die private Bauleitung des Ausbauprojekts des Spitals Linth die Rechnungen gestapelt, unbearbeitet liegen gelassen und nicht an den Kanton weitergeleitet. Davon habe das Baudepartement allerdings erst vor drei Wochen erfahren. So etwas dulde man nicht, sagte Bauchef Willi Haag. Man habe schon bei den baulichen Fragen mit dem Vertragspartner Probleme gehabt und deshalb seitens des Kantons die Kapazitäten verdoppelt. Nun müsse man auch diese administrativen Aufgaben rasch lösen. Diese Schlamperei werde nicht geduldet.

Der Rat nahm den Amtsbericht der Regierung und den Bericht der Staatswirtschaftlichen Kommission zur Kenntnis. (psg)